



## **PRESSEMITTEILUNG**

**Dienstag, 13. Dezember 2016**

**Abgeordneter  
Johann Häusler**  
Dienstag, 13. Dezember 2016

**Ausschuss für Wirtschaft und  
Medien, Infrastruktur, Bau und  
Verkehr, Energie und  
Technologie**

**Ausschuss für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

**Handwerkspolitischer  
Sprecher**

**Mittelstandspolitischer  
Sprecher**

**Bürgerbüro**  
**Laugnastraße 17**  
**86637 Wertingen**  
**Tel.: 08272/60 94 244**  
**Fax: 08272/60 94 246**  
**Johann.haeusler@**  
**fw-landtag.de**

### **Häusler: In zweifelhaftem Verfahren viel bewegt**

#### **FW-Landtagsabgeordneter bleibt unzufrieden mit dem Lösungsansatz der Staatsregierung**

Ein äußerst gemischtes Fazit zieht der FW-Landtagsabgeordnete Johann Häusler zur Bilanz der bayerischen Umweltministerin Ulrike Scharf, die am vergangenen Freitag in Höchstädt und Donauwörth das Ergebnis des Hochwasserdialogs in der Region verkündete. Dabei hatte die Ministerin sich auf drei Standorte in der Region festgelegt, an denen in Zukunft riesige Flutpolder entstehen sollen. Dem war ein angeblich ergebnisoffenes Dialogverfahren mit den Betroffenen vorausgegangen, mit dessen Durchführung die Bayerische Staatsregierung ein Kommunikationsbüro aus Österreich beauftragt hatte. An dieser Vorgehensweise lässt Landesparlamentarier Häusler auch im Nahhinein kein gutes Haar.

Häusler, der sich in den letzten Monaten mit zahllosen parlamentarischen Initiativen immer wieder in die Debatte um die umstrittenen Flutpolder eingemischt und selbst zwei Fachgutachten in Auftrag gegeben hat, kann dabei auch positive Aspekte an der jüngsten Entscheidung der Staatsregierung erkennen. „Diese stammen aber nicht von der Staatsregierung, sondern stellen einen Kompromiss dar, den wir durch unseren heftigen Protest für unsere Heimat vor Ort und im Parlament erzwungen haben. Nicht umsonst sind Staatsregierung und Wasserwirtschaftsamt nun gerade dort von ihren ursprünglichen Plänen abgerückt, wo der bürgerliche Widerstand am besten organisiert war“, so Häusler, der sich hierfür ausdrücklich für das intensive Engagement zahlloser Bürger in den eigens gegründeten Bürgerinitiativen und darüber hinaus bedankt.

Ideen wie die Etablierung eines intelligenten Staustufenmanagements, das Ausbaggern der Sedimente an den Staustufen, dezentrale Maßnahmen an der Iller und Lech sowie die rechnerische Berücksichtigung des Forggensees seien im ersten Vorschlag der Staatsregierung nicht vorgesehen gewesen und nun maßgeblich dafür verantwortlich, dass von den ursprünglich geprüften acht regionalen Standorten nur drei Polder tatsächlich gebaut werden sollen. „Das ist ein riesiger Erfolg unseres Engagements. Bemerkenswert ist dabei aber schon, dass wir diese Expertise selbst und von außen beisteuern mussten und all diese Vorschläge von der Staatsregierung und ihren hochbezahlten Gutachtern zunächst bekämpft wurden, bevor sie nun doch endlich umgesetzt werden“, so Häusler.

Ähnlich kritisch sieht Häusler das zurückliegende Dialogverfahren. „Bei mir bleibt der Eindruck, dass dieser angebliche Dialog zu keinem Zeitpunkt wirklich ergebnisoffen war. Mir kam es vielmehr so vor, als hätte die Staatsregierung Kommunikationsexperten aus Österreich vornehmlich damit beauftragt, berechnete Bedenken der Menschen in unserer Heimat zu zerstreuen. Als gewählter Abgeordneter für unsere Heimatregion musste ich um meine eigene Einbindung in das Verfahren immer wieder kämpfen. Eine kritisch-konstruktive Mitwirkung war in Wahrheit nie gewünscht“, so Häuslers Fazit. Dieses Gefühl wurde bei ihm auch die Vorgehensweise der Staatsregierung bei der Entschädigung des Riedstroms abermals bestätigt. „Meinen Antrag auf eine gesetzesmäßige und dauerhafte Entschädigung hat die Mehrheitsfraktion im Landtag abgelehnt. Nun streut man den Menschen in unserer Heimat Sand in die Augen, indem man sich für eine einmalige Entschädigung auf niedrigerem Niveau auf die Schulter klopf“, kritisiert Häusler.

Im Ergebnis befürchtet Häusler, dass die nun in den Fokus gerückten Polderstandorte einseitig die Landwirtschaft belasten und auch den Interessen des Naturschutzes nicht gerecht werden. Die weitere Verlagerung der Polder gen Oberlauf reduziere zudem deren Wirkung auf die stark gefährdeten Donaustädte in Niederbayern wie Passau oder Deggendorf. Deshalb geht Häusler davon aus, dass auch der jetzige Planungsstand in seiner aktuellen Form so nicht zur Umsetzung kommen wird. „Ein unschlüssiges Projekt wird nicht dadurch sinnvoller, dass es nach dem St.-Florians-Prinzip räumlich verlagert wird, wo es nur neue Betroffenheit auslöst“, so Häusler. Der FW-Wirtschafts- und Agrarexperte bleibt deshalb bei seiner Überzeugung, dass die Ausweisung von Poldern erst als letztes Mittel sinnvoll sei, wenn alle anderen Möglichkeiten eines dezentralen Hochwasserschutzes ausgeschöpft worden sind. „Das ist noch lange nicht der Fall. Solange noch Potenzial für dezentrale Maßnahmen besteht, ist jeder Polder einer zu viel“, so Häusler.